

No. 47580

**Germany
and
Austria**

Agreement between the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Republic of Austria concerning the short-term presence of members of the armed forces of the Federal Republic of Germany and of members of the armed forces of the Republic of Austria in the territory of the other State (German-Austrian Agreement on the Presence of Forces). Berlin, 6 November 2007

Entry into force: *9 September 2009 by notification, in accordance with article 16*

Authentic text: *German*

Registration with the Secretariat of the United Nations: *Germany, 10 June 2010*

**Allemagne
et
Autriche**

Accord entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la République d'Autriche relatif à la présence à court terme des membres des forces armées de la République fédérale d'Allemagne et des membres des forces armées de la République d'Autriche sur le territoire de l'autre État (Accord germano-autrichien sur la présence des forces). Berlin, 6 novembre 2007

Entrée en vigueur : *9 septembre 2009 par notification, conformément à l'article 16*

Texte authentique : *allemand*

Enregistrement auprès du Secrétariat des Nations Unies : *Allemagne, 10 juin 2010*

[GERMAN TEXT – TEXTE ALLEMAND]

Abkommen

zwischen

der Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

der Regierung der Republik Österreich

über

**den vorübergehenden Aufenthalt
von Angehörigen der deutschen Bundeswehr
und Angehörigen des österreichischen Bundesheeres
auf dem Gebiet des jeweils anderen Staats**

(deutsch-österreichisches Streitkräfteaufenthaltsabkommen)

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Republik Österreich -

im Hinblick auf das in Brüssel unterzeichnete Übereinkommen vom 19. Juni 1995 zwischen den Vertragsstaaten des Nordatlantikvertrags und den anderen an der Partnerschaft für den Frieden teilnehmenden Staaten über die Rechtsstellung ihrer Truppen (PfP-Truppenstatut),

in dem Bestreben, die Voraussetzungen und Bedingungen des vorübergehenden Aufenthalts von Angehörigen der deutschen Bundeswehr in der Republik Österreich und von Angehörigen des österreichischen Bundesheeres in der Bundesrepublik Deutschland zu regeln, der insbesondere gemeinsamen Übungen, Friedensmissionen, humanitären Aktionen und Such- und Rettungsaktionen unter Verantwortung der zuständigen Behörden des Aufnahmestaats dient,

davon ausgehend, dass die Bestimmungen dieses Abkommens die Rechte und Verpflichtungen der Parteien aus völkerrechtlichen Vereinbarungen über internationale Gerichte einschließlich des Römischen Statuts über den Internationalen Strafgerichtshof unberührt lassen

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Gegenstand des Abkommens

(1) Dieses Abkommen regelt die Ein- und Ausreise und den vorübergehenden Aufenthalt von Angehörigen der deutschen Bundeswehr und Angehörigen des österreichischen Bundesheeres – im folgenden Mitglieder der Streitkräfte genannt - einschließlich des zivilen Gefolges auf dem Gebiet des jeweils anderen Staats.

(2) Bei der Anwendung dieses Abkommens gelten die innerstaatlichen Rechtsvorschriften des Aufnahmestaats, soweit nicht dieses Abkommen etwas anderes bestimmt.

(3) Auf Fragen, die durch dieses Abkommen nicht geregelt sind, finden die Bestimmungen des Pfp-Truppenstatuts Anwendung.

Artikel 2

Art, Umfang und Dauer des Aufenthalts

(1) Aufenthalte im Sinne dieses Abkommens werden durchgeführt für Übungen, Ausbildung von Einheiten und Durchreise, Vorbereitung von Friedensmissionen sowie für die Durchführung humanitärer Aktionen und Such- und Rettungsaktionen unter Verantwortung der zuständigen Stellen des Aufnahmestaats mit einem Umfang von bis zu 3.000 Mitgliedern der Streitkräfte des Entsendestaats und einer Aufenthaltsdauer, die in der Regel 30 Tage nicht überschreitet; für Mitglieder der Streitkräfte in Verbindungs- und Beratungsfunktionen sowie zum Zweck der Ausbildung werden Aufenthalte von bis zu fünf Jahren mit der Möglichkeit der Verlängerung vereinbart.

(2) Einzelheiten zu Art, Umfang und Dauer solcher Aufenthalte werden zwischen den zuständigen Behörden vereinbart.

Artikel 3

Bedingungen für Einreise, Ausreise und Aufenthalt

Soweit in diesem Abkommen nichts anderes geregelt ist, richten sich die Ein- und Ausreise und der vorübergehende Aufenthalt von Mitgliedern der Streitkräfte des Entsendestaats einschließlich des zivilen Gefolges nach dem PfP-Truppenstatut.

Artikel 4

Öffentliche Sicherheit und Ordnung

Wird die öffentliche Sicherheit oder Ordnung des Aufnahmestaats durch ein Mitglied der Streitkräfte des Entsendestaats gefährdet, so kann der Verteidigungsminister des Aufnahmestaats die unverzügliche Entfernung dieses Mitglieds aus dem Hoheitsgebiet des Aufnahmestaats verlangen. Die Behörden des Entsendestaats kommen solchen Entfernungersuchen nach.

Artikel 5

Gesundheitswesen

(1) Der Entsendestaat verpflichtet sich zur Beachtung der internationalen Gesundheitsvorschriften und der Gesundheitsvorschriften des Aufnahmestaats. Bei der Einreise kann die Vorlage eines von den Behörden des Entsendestaats ausgestellten amtlichen Gesundheitszeugnisses verlangt werden, aus dem hervorgeht, dass das

einreisende Mitglied der Streitkräfte nicht an übertragbaren Krankheiten leidet. Die zuständigen militärischen Stellen des Aufnahmestaats unterrichten die zuständigen militärischen Stellen des Entsendestaats spätestens fünfzehn Tage vor der geplanten Einreise über entsprechende Erfordernisse.

(2) Die zuständigen Stellen der Streitkräfte der beiden Staaten sorgen für die gegenseitige Erleichterung des Informationsaustausches nach Absatz 1.

(3) Zur Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Krankheiten bei Menschen, Tieren und Pflanzen sowie zur Bekämpfung von Pflanzenschädlingen im Aufnahmestaat gelten die Rechtsvorschriften des Aufnahmestaats. Seuchenrechtliche, tierseuchenrechtliche und lebensmittelrechtliche Maßnahmen bezüglich der Fleisch- und Geflügelfleischprodukte sowie hygienerechtliche Maßnahmen werden von den zuständigen Stellen des Aufnahmestaats in Übereinstimmung mit internationalen Vereinbarungen getroffen, an die beide Staaten gebunden sind.

Artikel 6

Strafgerichtsbarkeit und Zwangsmaßnahmen

(1) Soweit dem Aufnahmestaat das Recht auf Ausübung der Strafgerichtsbarkeit gegenüber Mitgliedern der Streitkräfte des Entsendestaats und ihres zivilen Gefolges zusteht, wird die zuständige Behörde des Aufnahmestaats von der Ausübung dieser Gerichtsbarkeit absehen, es sei denn, dass wesentliche Belange der Rechtspflege des Aufnahmestaats die Ausübung seiner Gerichtsbarkeit erfordern.

(2) Wesentliche Belange der Rechtspflege können die Ausübung der Strafgerichtsbarkeit insbesondere in den folgenden Fällen erfordern:

- a) strafbare Handlungen von erheblicher Bedeutung gegen die Sicherheitsinteressen des Aufnahmestaats,
- b) strafbare Handlungen, durch die der Tod eines Menschen verursacht wird, sowie Raub und Vergewaltigung, soweit sich diese nicht gegen ein Mitglied der Streitkräfte des Entsendestaats richten,
- c) die Vorbereitung, der Versuch solcher strafbarer Handlungen und die Teilnahme an diesen.

(3) Wird von der Ausübung der Strafgerichtsbarkeit abgesehen, so entfernt der Entsendestaat den Tatverdächtigen auf Ersuchen des Aufnahmestaats unverzüglich aus dem Gebiet des Aufnahmestaats und unterbreitet den Fall seinen zuständigen Behörden zur Entscheidung über die Einleitung eines Strafverfahrens.

(4) Die Gerichte und Behörden des Entsendestaats üben ihre Gerichtsbarkeit nicht im Aufnahmestaat aus.

(5) Die zuständigen Gerichte und Behörden der beiden Staaten leisten einander im Rahmen ihres innerstaatlichen Rechts sowie der Verpflichtungen aus völkerrechtlichen Verträgen Rechtshilfe bei Strafverfahren. Sieht der Aufnahmestaat nicht von der Ausübung der Strafgerichtsbarkeit ab, so wirkt der Entsendestaat im Rahmen seiner Rechtsordnung darauf hin, dass sich Mitglieder seiner Streitkräfte, die verdächtigt werden, während des Aufenthalts im Aufnahmestaat eine Straftat begangen zu haben, den Gerichten und Behörden des Aufnahmestaats stellen, soweit sie dazu nach dem Recht des Aufnahmestaats verpflichtet sind.

(6) Die Gerichte und Behörden des Aufnahmestaats sind im Rahmen ihrer Zuständigkeiten und Befugnisse berechtigt, Zwangsmaßnahmen gegenüber Mitgliedern

der Streitkräfte des Entsendestaats während ihres Aufenthalts im Aufnahmestaat anzuordnen und durchzuführen.

(7) Wird ein Mitglied der Streitkräfte des Entsendestaats durch Behörden des Aufnahmestaats festgenommen oder werden andere Zwangsmaßnahmen angewendet, die den Entzug der Freiheit zur Folge haben, so unterrichtet die zuständige Behörde des Aufnahmestaats unverzüglich die diplomatische Vertretung des Entsendestaats im Aufnahmestaat. Dabei wird mitgeteilt, welches Gericht oder welche Behörde für das weitere Verfahren zuständig ist.

(8) Die Absätze 1 bis 7 finden auch Anwendung, wenn Mitglieder der Streitkräfte des Entsendestaats sich im Gebiet des Aufnahmestaats zu anderen dienstlichen Zwecken als den in Artikel 2 Absatz 1 genannten aufhalten.

Artikel 7

Telekommunikation

(1) Für die Inanspruchnahme von öffentlich angebotenen Telekommunikationsdienstleistungen im Aufnahmestaat gelten neben den allgemeinen Vorschriften des Aufnahmestaats die jeweiligen Geschäftsbedingungen des Dienstleistungserbringers; dies gilt insbesondere für die Art und Weise der Berechnung der Entgelte, der Rechnungserstellung und der Begleichung der Rechnungen.

(2) Die Mitglieder der Streitkräfte des Entsendestaats können, soweit dies zur Erreichung des Aufenthaltszwecks erforderlich ist, vorbehaltlich der Zustimmung der zuständigen Behörden des Aufnahmestaats vorübergehend Telekommunikationsanlagen einschließlich Funkanlagen errichten und betreiben. Die Nutzung von Funkfrequenzen muss mit der zuständigen Behörde des Aufnahmestaats abgestimmt werden.

(3) Funkanlagen sowie Telekommunikationsendeinrichtungen der Streitkräfte des Entsendestaats, die im Gebiet des Aufnahmestaats betrieben oder an Anschlüsse oder Übertragungswege der öffentlichen Telekommunikationsnetze angeschaltet werden sollen, müssen die grundlegenden technischen Anforderungen erfüllen, die nach der Rechtsordnung des Aufnahmestaats für Funkanlagen oder Telekommunikationsendeinrichtungen allgemein gelten. Die Erfüllung dieser Anforderungen muss in einem Konformitätsbewertungsverfahren nachgewiesen und die Einrichtungen müssen entsprechend gekennzeichnet sein.

(4) Die Mitglieder der Streitkräfte des Entsendestaats benutzen im Aufnahmestaat nur Funkfrequenzen, die ihnen von den zuständigen Behörden des Aufnahmestaats zugeteilt sind. Aufgrund der notwendigen nationalen und internationalen Koordinierung der Nutzung von Funkfrequenzen ist der entsprechende Antrag auf Zuteilung von Funkfrequenzen spätestens 60 Tage vor der geplanten Inanspruchnahme zu stellen. Am Ende des Aufenthalts gehen die Funkfrequenzen an die zuständigen Behörden des Aufnahmestaats zurück.

(5) Die Mitglieder der Streitkräfte des Entsendestaats treffen alle erforderlichen Maßnahmen, um Störungen der Telekommunikationsnetze im Aufnahmestaat durch ihre Telekommunikations- oder anderen elektrischen Anlagen zu vermeiden. Verursachen Funkstellen der Streitkräfte des Entsendestaats schädliche Funkstörungen bei Funkstellen außerhalb des Aufnahmestaats oder werden sie von solchen Funkstellen in schädlicher Weise gestört, so verfahren die zuständigen Behörden des Aufnahmestaats nach den Bestimmungen der jeweils gültigen Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion sowie der Vollzugsordnung für den Funkdienst. Die zuständigen Behörden des Aufnahmestaats treffen im Rahmen der geltenden Vorschriften alle erforderlichen Maßnahmen, um Störungen der Telekommunikationseinrichtungen der Streitkräfte des Entsendestaats durch Telekommunikations- oder andere elektrische Anlagen des Aufnahmestaats zu vermeiden. Im Fall von elektromagnetischen Störungen werden die innerstaatlichen

Rechtsvorschriften über elektromagnetische Verträglichkeit von Geräten angewendet. Ergibt sich hieraus die Notwendigkeit einer Außerbetriebnahme der Störquelle, muss diese durch die Streitkräfte des Entsendestaats unverzüglich vorgenommen werden.

Artikel 8

Umweltschutz

(1) Der Entsendestaat erkennt und anerkennt die Bedeutung des Umweltschutzes bei Tätigkeiten der Mitglieder seiner Streitkräfte im Aufnahmestaat. Die Mitglieder der Streitkräfte des Entsendestaats halten die Rechtsvorschriften des Aufnahmestaats zum Schutz der Umwelt ein.

(2) Die zuständigen Stellen und die Mitglieder der Streitkräfte beider Staaten arbeiten in allen Fragen des Umweltschutzes, insbesondere bei der Vorbereitung von Übungen, eng zusammen.

(3) Auch über die Einhaltung der Rechtsvorschriften des Aufnahmestaats hinaus sind Umweltbeeinträchtigungen zu vermeiden und bei unvermeidbaren Umweltbeeinträchtigungen angemessene Maßnahmen zum Umweltschutz zu treffen.

(4) Für den Transport von Waffen, schwerem Gerät oder Gefahrgut wird dem Schienen- und dem Wasserweg Vorrang eingeräumt. Die Transportwege werden zwischen den Verteidigungsministerien in Abstimmung mit den zuständigen Stellen des Aufnahmestaats vereinbart.

(5) Die Mitglieder der Streitkräfte des Entsendestaats werden für den Betrieb ihrer Luft-, Wasser- und Landfahrzeuge im Aufnahmestaat, soweit dies mit den technischen Erfordernissen dieser Fahrzeuge vereinbar ist, nur Treibstoffe, Schmierstoffe und

Zusatzstoffe verwenden, die schädstoffarm gemäß den Vorschriften des Aufnahmestaats sind. Bei Personenkraftfahrzeugen und Nutzfahrzeugen werden die Vorschriften des Aufnahmestaats über die Begrenzung von Lärm- und Abgasemissionen eingehalten, soweit dies nicht eine unzumutbare Belastung darstellt.

(6) Bei der Benutzung von Übungseinrichtungen werden durch die Mitglieder der Streitkräfte des Entsendestaats die jeweiligen Benutzungsordnungen, insbesondere die Sicherheitsbestimmungen, die Brandschutzbestimmungen und die Bestimmungen zum Schutz der Umwelt, beachtet. Gleiches gilt bezüglich der Dienstvorschriften der Streitkräfte des Aufnahmestaats für Übungen. Die Verteidigungsminister der beiden Staaten treffen in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich besondere Regelungen für Nachtschießen sowie für Schießen an Sonnabenden, Sonntagen und Feiertagen.

(7) Die Mitglieder der Streitkräfte des Entsendestaats werden die Vorschriften des Aufnahmestaats zur umweltverträglichen Verwertung oder sonstigen Entsorgung von Abfällen einhalten. Eine Beseitigung von Restbeständen an Kampfmitteln durch Sprengung oder Verbrennung in hierfür nicht genehmigten Anlagen ist nicht zulässig.

Artikel 9

Verkehr mit Fahrzeugen im Aufnahmestaat sowie Benutzung der Flugplätze des Aufnahmestaats

(1) Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeuganhänger der Streitkräfte des Entsendestaats werden für den Verkehr von der zuständigen Behörde des Entsendestaats registriert und zugelassen. Diese Fahrzeuge führen ein Nummernschild und ein deutliches Nationalitätskennzeichen.

(2) Transporte und Beförderungen durch Mitglieder der Streitkräfte des Entsendestaats im Rahmen der innerstaatlichen Rechtsvorschriften des Aufnahmestaats und geltender

völkerrechtlicher Verträge, die für beide Staaten verbindlich sind, sowie der damit im Zusammenhang stehenden technischen Vereinbarungen und Verfahren gelten als genehmigt. Soweit Sonder- und Ausnahmeerlaubnisse sowie Befreiungen für den Transport von Gefahrgut für militärische Bewegungen und Transporte erforderlich sind, werden sie durch die zuständigen Stellen des Aufnahmestaats bearbeitet.

(3) Die militärischen Stellen des Aufnahmestaats koordinieren die Wahrnehmung militärischer Interessen des Entsendestaats in Verkehrsangelegenheiten gegenüber den zivilen Stellen.

(4) Betreffend der Registrierung eigener Güter- und Reisezugwagen des Entsendestaats, die für Transporte von Mitgliedern der Streitkräfte und militärischem Gerät des Entsendestaats benötigt werden, sowie betreffend die Nutzung der Eisenbahn-Infrastruktur des Aufnahmestaats werden zwischen den betroffenen Eisenbahngesellschaften in Abstimmung mit den militärischen Stellen der beiden Staaten Vereinbarungen geschlossen. Über die Nutzung der Infrastruktur unter Verwendung eigener Triebfahrzeuge einer Eisenbahn des Entsendestaats werden Vereinbarungen zwischen den betroffenen Eisenbahnen beider Staaten geschlossen. Sofern hinsichtlich der Anforderungen an Beschaffenheit und Nutzung der Eisenbahnfahrzeuge des Entsendestaats von den gesetzlichen Vorschriften des Aufnahmestaats abgewichen werden soll, wird das Eisenbahnunternehmen des Entsendestaats die erforderlichen Genehmigungen bei der Eisenbahnverwaltung des Aufnahmestaats beantragen.

(5) Mitglieder der Streitkräfte des Entsendestaats halten die Verkehrsvorschriften des Aufnahmestaats einschließlich der Vorschriften über das Verhalten am Unfallort und der Vorschriften über den Transport von Gefahrgut ein. Die zuständigen Stellen des Aufnahmestaats überwachen die Einhaltung dieser Vorschriften. Diese Überwachung kann gemeinsam mit den zuständigen Stellen des Entsendestaats durchgeführt werden.

Im Rahmen dieser Vorschriften können die Mitglieder der Streitkräfte des Entsendestaats ihre eigenen innerstaatlichen Normen auf den Bau, die Ausführung und die Ausrüstung der Kraftfahrzeuge, Kraftfahrzeuganhänger, Binnenschiffe und Luftfahrzeuge anwenden. Die Stellen beider Staaten arbeiten bei der Umsetzung dieser Bestimmungen eng zusammen.

(6) Der Verkehr mit Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern, deren Abmessungen, Achslast, Gesamtgewicht oder Anzahl die nach dem Straßenverkehrsrecht des Aufnahmestaats geltenden Begrenzungen überschreiten, wird, außer in Notfällen, nur mit Erlaubnis der zuständigen Stellen des Aufnahmestaats durchgeführt. Außerhalb von Übungsplätzen werden Kettenfahrzeuge grundsätzlich auf der Schiene oder, soweit erforderlich, auf Tiefladern bewegt. Ein Befahren öffentlicher Straßen und Wege mit Kettenfahrzeugen ohne Kettenpolster ist unzulässig.

(7) Finden Transporte oder Beförderungen der Mitglieder der Streitkräfte des Entsendestaates, die diesem Abkommen unterliegen und nach Absatz 2 als genehmigt gelten, mit Luftfahrzeugen statt, so ist ein Hinweis auf dieses Abkommen und auf die Genehmigung des Transportes oder der Beförderung nach diesem im jeweiligen Flugplan aufzunehmen.

(8) Außer in Notfällen dürfen Mitglieder der Streitkräfte des Entsendestaats mit militärischen Luftfahrzeugen zivile Verkehrsflugplätze im Aufnahmestaat nur mit Erlaubnis der zuständigen Stellen des Aufnahmestaats benutzen, die nach den im Aufnahmestaat geltenden Bestimmungen erteilt wird.

(9) Die zuständigen Stellen beider Staaten koordinieren alle von ihnen errichteten und betriebenen Kontrollsysteme für den Luftverkehr und die dazu gehörenden Fernmeldesysteme, soweit dies erforderlich ist, um die Sicherheit des Luftverkehrs und die Erreichung des Aufenthaltszwecks der Mitglieder ihrer Streitkräfte zu

gewährleisten.

(10) Bei einem Flugunfall oder Flugvorfall, bei dem Mitglieder der Streitkräfte des Entsendestaates involviert sind, wird die Möglichkeit der Entsendung von Fachpersonal der Streitkräfte des Entsendestaates als Beobachter in der Flugunfalluntersuchungskommission des Aufnahmestaates vorgesehen.

Artikel 10

Medizinische Versorgung

Die Sicherstellung der medizinischen Versorgung der Mitglieder der Streitkräfte des Entsendestaates liegt grundsätzlich in deren Verantwortungsbereich. Für den Fall der Erst- und Notfallversorgung können medizinische Einrichtungen der Streitkräfte des Aufnahmestaates unentgeltlich genutzt werden.

Artikel 11

Schadensabwicklung

(1) Bei der Schadensabwicklung werden beide Staaten in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des PfP-Truppenstatuts verfahren, soweit in diesem Abkommen nichts anderes geregelt ist.

(2) Die Vertragsparteien teilen einander die für die Schadensabwicklung zuständigen Stellen mit. Diese arbeiten vertrauensvoll zusammen. Sie gewähren einander jede mögliche Unterstützung, um die Einhaltung von Urteilen und Verwaltungsakten der Gerichte und Behörden des Aufnahmestaats im Zusammenhang mit zivilrechtlichen Verpflichtungen der Mitglieder ihrer Streitkräfte und des zivilen Gefolges sicher zu stellen.

(3) Für die Abwicklung von Schäden Dritter gelten über die Bestimmungen des Artikels VIII Absätze 5 bis 7 des NATO-Truppenstatuts hinaus folgende Bestimmungen, wobei das in Artikel VIII Absatz 6 Buchstaben a bis c vorgesehene Verfahren des NATO-Truppenstatuts durch die Regelung des nachstehenden Buchstabens f ersetzt wird:

- a) Die Stelle des Aufnahmestaats, die für die Entgegennahme und Prüfung des Entschädigungsantrags zuständig ist, führt nach Eingang des Antrags unverzüglich ihre eigenen Ermittlungen hierzu durch.
- b) Die Stelle des Aufnahmestaats teilt der Stelle des Entsendestaats so bald als möglich, spätestens jedoch innerhalb von vier Wochen, den Eingang des Entschädigungsantrags mit. In der Mitteilung werden gegebenenfalls das Aktenzeichen der Stelle des Aufnahmestaats, Name und Anschrift des Antragstellers, eine kurze Schilderung des Vorfalles unter Angabe von Zeit und Ort, der geforderte Entschädigungsbetrag, die Art des Schadens, die Namen der beteiligten Mitglieder der Streitkräfte sowie die Bezeichnung der am Vorfall beteiligten Einheit angegeben. Die Mitteilung wird in zweifacher Ausfertigung übersandt.
- c) Die Stelle des Entsendestaats bestätigt der Stelle des Aufnahmestaats den Eingang der Mitteilung und übersendet ihr innerhalb von sechs Wochen nach Eingang der Mitteilung alle verfügbaren Informationen und Beweismittel. Liegen der Stelle des Entsendestaats keine derartigen Informationen und Beweismittel vor, so teilt sie dies der Stelle des Aufnahmestaats mit. Die Stelle des Entsendestaats teilt der Stelle des Aufnahmestaats ferner mit, ob der Schaden nach ihrer Auffassung durch eine Handlung oder Unterlassung, für die der Entsendestaat rechtlich verantwortlich ist und/oder im Zusammenhang mit der Benutzung eines Fahrzeugs der Truppe verursacht worden ist und ob die

- Fahrzeugbenutzung befugt oder unbefugt war.
- d) Die Stelle des Aufnahmestaats entscheidet nach Auswertung aller verfügbaren Informationen und Beweismittel, ob und in welcher Höhe der Anspruch nach dem Recht des Aufnahmestaats begründet ist.
- e) Die Stelle des Aufnahmestaats zahlt den Entschädigungsbetrag. Sie fordert diesen von der Stelle des Entsendestaats zur Erstattung an. Die Stelle des Entsendestaats erstattet den geschuldeten Betrag innerhalb von drei Monaten. Sofern nach dem Recht des Aufnahmestaats eine Entschädigung in Form einer Rente gewährt wird, können die zuständigen Stellen beider Staaten die Erstattung eines Kapitalbetrages nach den im Aufnahmestaat geltenden Bestimmungen vereinbaren.
- f) Bei der Abwicklung von Schäden, die nicht in Ausübung des Dienstes verursacht worden sind, fertigt die Stelle des Aufnahmestaats einen Bericht für die Stelle des Entsendestaats, die diesen unverzüglich prüft und entscheidet, ob und in welcher Höhe sie eine Entschädigung für gerechtfertigt hält. Die Stelle des Aufnahmestaats kann – unabhängig von der Entscheidung des Entsendestaats – dem Antragsteller den ihm zukommenden Betrag ohne Anerkennung einer Rechtspflicht (*ex gratia*) als Abfindung anbieten. Wird dieses Angebot von dem Antragsteller als volle Befriedigung seines Anspruchs angenommen, so nimmt die Stelle des Aufnahmestaats die Zahlung vor. Die Stelle des Entsendestaats erstattet den von ihr für gerechtfertigt gehaltenen Betrag. Hat die Stelle des Entsendestaats die Entscheidung über die von ihr für gerechtfertigt gehaltene Entschädigung nicht innerhalb von drei Monaten seit Übergabe des Berichts der Stelle des Aufnahmestaats mitgeteilt, erstattet sie den von dem Antragsteller als Abfindung angenommenen Betrag. Die Bestimmungen der Buchstaben a bis e bleiben im Übrigen unberührt.

Artikel 12

Übungen

(1) Für Übungen gelten die gesetzlichen Bestimmungen des Aufnahmestaats und die Vorschriften seiner Streitkräfte.

(2) Übungen zu Lande finden in der Regel auf Truppentübungsplätzen, Schießplätzen und in anderen militärischen Ausbildungseinrichtungen statt.

(3) Für Übungen im Luftraum gelten die Vorschriften des Aufnahmestaats über den Einflug in den Luftraum und seine Benutzung sowie die Inanspruchnahme von Anlagen und Einrichtungen der Luftfahrt, die sich im Rahmen der Richtlinien und Empfehlungen der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation halten, und auch die geltenden Anmeldungs-, Zustimmung- und Koordinierungsverfahren, wie sie in den entsprechenden Vorschriften des Aufnahmestaats enthalten sind. Die an einer Übung teilnehmenden Luftfahrzeugbesatzungen sowie das daran beteiligte Flugsicherungs- und Luftverteidigungskontrollpersonal beziehungsweise das Fliegerführungspersonal müssen die englische Sprache beherrschen, soweit dies aus Gründen der Flugsicherheit oder Flugsicherung erforderlich ist.

(4) Für Übungen von Kriegs- und Hilfsschiffen im Küstenmeer und den inneren Gewässern gelten die Vorschriften des Aufnahmestaats.

Artikel 13

Kosten

(1) Vor der Durchführung von Übungen legen die zuständigen Stellen der beiden Staaten die zu erbringenden Leistungen und die entstehenden Kosten im Einzelnen fest.

(2) Die Stellen des Aufnahmestaats unterstützen die Stellen des Entsendestaats bei der Inanspruchnahme entgeltlicher Leistungen.

Artikel 14
Streitbeilegung

Streitigkeiten über die Anwendung oder Auslegung dieses Abkommens werden durch Konsultationen gütlich beigelegt und nicht zur Schlichtung an Dritte verwiesen.

Artikel 15
Durchführung

Vereinbarungen zur Durchführung dieses Abkommens können zwischen den Verteidigungsministerien der beiden Staaten getroffen werden, die sich gegenseitig über die zuständigen Ansprechpartner zur Durchführung dieses Abkommens unterrichten.

Artikel 16
Inkrafttreten, Geltungsdauer und Kündigung

(1) Dieses Abkommen tritt an dem Tag in Kraft, an dem die Vertragsparteien einander notifiziert haben, dass die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind. Maßgebend ist der Tag des Eingangs der letzten Notifikation.

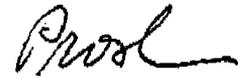
(2) Dieses Abkommen bleibt auf unbegrenzte Zeit in Kraft. Das Abkommen kann von jeder Partei auf diplomatischem Weg schriftlich gekündigt werden. Die Kündigung wird ein Jahr nach dem Tag des Eingangs bei der anderen Vertragspartei wirksam.

Geschehen zu Berlin am 6. 11. 2007 in zwei Urschriften,
jede in deutscher Sprache.

Für die Regierung
der Bundesrepublik Deutschland



Für die Regierung der
Republik Österreich



[TRANSLATION – TRADUCTION]

AGREEMENT BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY AND THE GOVERNMENT OF THE REPUBLIC OF AUSTRIA CONCERNING THE SHORT-TERM PRESENCE OF MEMBERS OF THE ARMED FORCES OF THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY AND OF MEMBERS OF THE ARMED FORCES OF THE REPUBLIC OF AUSTRIA IN THE TERRITORY OF THE OTHER STATE (GERMAN-AUSTRIAN AGREEMENT ON THE PRESENCE OF FORCES)

The Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Republic of Austria,

In view of the Agreement signed in Brussels on 19 June 1995 among the States Parties to the North Atlantic Treaty and the other States participating in the Partnership for Peace regarding the Status of their Forces (PfP-SOFA),

Endeavouring to regulate the pre-conditions and conditions for the short-term presence of members of the armed forces of the Federal Republic of Germany in the Republic of Austria and of members of the armed forces of the Republic of Austria in the Federal Republic of Germany, in particular to conduct joint exercises, peace missions, humanitarian actions and search and rescue operations under the responsibility of the competent authorities of the receiving State,

On the understanding that the provisions of this Agreement shall not affect the rights and obligations of the Parties under international legal agreements on international courts, including the Rome Statute of the International Criminal Court,

Have agreed as follows:

Article 1. Purpose of the Agreement

(1) This Agreement regulates the entry and departure and the short-term presence of members of the armed forces of the Federal Republic of Germany and of members of the armed forces of the Republic of Austria—hereinafter referred to as members of the armed forces—including civilian employees on the territory of the other State.

(2) In the implementation of this Agreement, the domestic laws of the receiving State shall apply, unless otherwise determined in this Agreement.

(3) For issues not regulated by this Agreement, the provisions of the PfP-SOFA shall apply.

Article 2. Nature, scope and duration of presence

(1) Presences, as defined in this Agreement, shall be for the purpose of conducting exercises, the training of units, the preparation of peace missions, and for carrying out

humanitarian actions and search and rescue operations, under the responsibility of the competent authorities of the receiving State, on a scale of up to 3,000 members of the armed forces of the State sending them and for a period that generally shall not exceed 30 days; for members of the armed forces performing liaison and consulting functions and for training purposes, stays of up to five years with the possibility of extensions shall be agreed upon.

(2) The details regarding the nature, scope and duration of such stays shall be agreed upon by the competent authorities.

Article 3. Conditions governing entry, departure and presence

Unless otherwise determined in this Agreement, the entry, departure and short-term presence of members of the armed forces of the sending State, including civilian employees, shall be governed by the PFP-SOFA.

Article 4. Public security and order

If the public security or order of the receiving State is endangered by a member of the armed forces of the sending State, the Minister of Defence of the receiving State may demand the immediate removal of that member from the territory of the receiving State. The authorities of the sending State shall comply with such requests for removal.

Article 5. Public health

(1) The sending State shall undertake to abide by international health regulations and those of the receiving State. Upon entry, presentation of an official health certificate issued by the authorities of the sending State may be required, showing that the incoming member of the armed forces is not suffering from any infectious diseases. The competent military authority of the receiving State shall notify the competent military authorities of the sending State of any requirements in that regard by no later than fifteen days prior to the planned entry.

(2) The competent authorities of the armed forces of both States shall ensure that steps are taken to facilitate the mutual exchange of information in accordance with subparagraph 1.

(3) Prevention and control of communicable diseases in human beings, animals and plants and pest control in the receiving State shall be governed by the laws of the receiving State. Legal measures to protect against human and animal epidemics and food-related illnesses in respect of meat and poultry products and sanitary measures shall be adopted by the competent authorities of the receiving State in accordance with the international agreements to which both States are party.

Article 6. Criminal jurisdiction and sanctions

(1) Inasmuch as the receiving State is entitled to exercise criminal jurisdiction vis-à-vis members of the armed forces of the sending State and their civilian employees, the competent authorities of the receiving State shall refrain from exercising such jurisdiction, unless essential concerns for the administration of justice in the receiving State require the exercise of its jurisdiction.

(2) Essential concerns for the administration of justice may require exercise of criminal jurisdiction in the following cases, in particular:

(a) Criminal offences of significant importance against the security interests of the receiving State;

(b) Criminal offences causing the death of a person, as well as robbery and rape, provided such acts are not directed against a member of armed forces of the sending State;

(c) The preparation of or attempt to carry out such criminal offences and participation in them.

(3) If exercise of criminal jurisdiction is waived, the sending State shall, at the request of the receiving State, immediately remove the suspect from the territory of the receiving State and submit the case to its own competent authorities for a decision on opening criminal proceedings.

(4) The courts and authorities of the sending State shall not exercise their jurisdiction in the receiving State.

(5) The competent courts and authorities of the two States shall cooperate with one another within the framework of their respective domestic laws and of their obligations under international treaties. If the accepting State does not waive its right to exercise criminal jurisdiction, the sending State shall, with the framework of its legal system, endeavour to ensure that members of its armed forces who are suspected of having committed a criminal offence during their presence in the receiving State appear before the courts and authorities of the receiving State to the extent that they are obliged to do so under the law of the receiving State.

(6) The courts and authorities of the receiving State are entitled, within their spheres of competence and the powers conferred on them, to order and enforce sanctions against members of the armed forces of the sending State during their presence in the receiving State.

(7) If a member of the armed forces of the sending State is arrested or if other sanctions are applied that result in deprivation of liberty, the competent authority of the receiving State shall without delay notify the diplomatic mission of the sending State in the receiving State. The mission shall be told at the same time what court or authority is responsible for proceedings from then on.

(8) Sub-paragraphs 1 to 7 shall also apply when members of the armed forces of the sending State are present in the territory of the receiving State for official purposes other than those referred to in article 2, paragraph 1.

Article 7. Telecommunications

(1) The use of public telecommunication services in the receiving State shall be governed by both the general regulations in force in the receiving State and the particular business terms and conditions of the service provider; that applies in particular to billing calculations, invoicing, and settlement of invoices.

(2) Members of the armed forces of the sending State may, if required for the purpose of their presence and subject to the consent of the competent authorities of the receiving State, temporarily set up and operate telecommunications installations, including radio installations. The use of radio frequencies must be agreed upon with the competent authorities of the receiving State.

(3) Radio installations and telecommunications installations of the armed forces of the sending State that are to be operated in the territory of the receiving State or hooked up to connections or communication channels of the public telecommunications networks must meet the basic technical requirements generally in force for radio or telecommunications installations under the laws of the receiving State. Fulfilment of those requirements must be established through a conformity assessment and the installations must be marked accordingly.

(4) The members of the armed forces of the sending State shall only use frequencies that are assigned to them by the competent authorities of the receiving State. Because of the need for both national and international coordination of the use of radio frequencies, the corresponding application for the assignment of radio frequencies must be filed at least 60 days prior to the planned use of those frequencies. At the end of the stay of the armed forces of the sending State, the radio frequencies shall revert to the competent authorities of the receiving State.

(5) The members of the armed forces of the sending State shall take all necessary steps to avoid disturbances of the telecommunications networks in the receiving State caused by their telecommunications or other electrical installations. If radio stations of the armed forces of the sending State cause harmful interference to radio stations outside the territory of the receiving State or if they are disturbed by such radio stations in a harmful manner, then the competent authorities of the receiving State shall proceed in accordance with the provisions of the Constitution and Convention of the International Telecommunication Union currently in effect and its enforcement regulations for radio services. The competent authorities of the receiving State shall take all necessary steps within the framework of the provisions in force to avoid disturbances of the telecommunications facilities of the armed forces of the sending State caused by the telecommunications or other electrical installations of the receiving State. In the event of electromagnetic disturbances, the domestic legal provisions regarding the electromagnetic compatibility of appliances shall apply. Should they point to the need for the source of the disturbance to be taken out of service, the armed forces of the sending State shall comply without delay.

Article 8. Environmental Protection

(1) The sending State acknowledges and accepts the importance of protecting the environment in connection with the activities of members of its armed forces in the re-

ceiving State. The members of the armed forces of the sending State shall abide by the environmental protection provisions of the law of the receiving State.

(2) The competent authorities and members of the armed forces of both States shall cooperate closely on all environmental matters, particularly when preparing exercises.

(3) In addition to abiding by the legal requirements of the receiving State, environmental damage is to be avoided and appropriate measures taken when such damage is unavoidable.

(4) Railways and waterways shall be the preferred form of transport for weapons, heavy equipment, or hazardous substances. Forms of transport shall be agreed upon by the ministries of defence in coordination with the competent authorities of the receiving State.

(5) The members of the armed forces of the sending State shall use only fuels, lubricants and additives that are regarded as low in harmful substances in the regulations of the receiving State to operate their air and water-borne and overland vehicles, to the extent that they meet the technical requirements of those vehicles. For automobiles and commercial vehicles, they shall abide by the regulations of the receiving State regarding limits on noise and exhaust emissions, unless that would represent an unreasonable burden.

(6) In their use of exercise installations, the members of the armed forces of the sending State shall respect the regulations governing their use, especially security, fire, and environmental protection provisions. The same shall apply with regard to the service regulations of the armed forces of the receiving State for exercises. The defence ministers of the two States shall, in their respective spheres of competence, establish regulations governing shooting at night and on Saturdays, Sundays and holidays.

(7) The members of the armed forces of the sending State shall abide by the regulations of the receiving State regarding environmentally sustainable or other forms of waste disposal. The elimination of remaining pieces of ordnance by blowing them up or burning them in installations not authorized for that purpose shall not be permissible.

*Article 9. Driving of vehicles in the receiving State
and the use of airfields in the receiving State*

(1) Vehicles and vehicle trailers of the armed forces of the sending State shall be registered and allowed to operate by the competent authorities of the sending State. These vehicles shall have a number plate and a clear indication of nationality.

(2) Transportation and carriage by members of the armed forces of the sending State within the framework of the domestic legal requirements of the receiving State and international treaties that are binding for both States, as well as related technical agreements and procedures, shall be regarded as authorized. To the extent that special and exceptional permits and exemptions are required for transportation of hazardous material for military movements and transport, such permits and exemptions shall be processed by the competent authorities of the receiving State.

(3) The military authorities in the receiving State shall coordinate representation of the military interests of the sending State in traffic-related matters vis-à-vis the civilian authorities.

(4) Regarding registration of the sending State's own freight and passenger railway cars needed to transport members of the armed forces and military equipment of the sending State, and regarding use of the railway infrastructure of the receiving State, agreements shall be concluded between the railway companies concerned in coordination with the military authorities of both States. Regarding use of the infrastructure by rail cars pertaining to a railway of the sending State agreements shall be concluded between the railways involved in the two States. To the extent that legal provisions of the receiving State in respect of requirements regarding quality and use of trains of the sending State are not to be met, the railway company of the sending State shall apply for the necessary permits to the railway administration of the receiving State.

(5) Members of the armed forces of the sending State shall abide by the traffic regulations of the receiving State, including its regulations on what to do at the scene of accidents and provisions regarding the transportation of dangerous materials. The competent authorities of the receiving State shall monitor compliance with said regulations. Such monitoring may be performed jointly with the competent authorities of the sending State. In the framework of those regulations, members of the armed forces of the sending State may apply their own domestic rules regarding the construction, finishing and equipping of automobiles, trailers, barges and airplanes. The authorities of the two States shall cooperate closely on implementation of those regulations.

(6) The circulation of automobiles and trailers, the size, axle-weight, total weight or number of which exceed the limits set by the traffic laws of the receiving State, shall, except in emergencies, only take place with the permission of the competent authorities of the receiving State. Except in exercise grounds, caterpillar-tracked vehicles may in principle be moved only on rails or, if necessary, on low-loaders. It shall be forbidden to drive caterpillar-tracked vehicles without padding on public streets and paths.

(7) If transportation or conveyance of members of the armed forces of the sending State, that take place under this Agreement and, pursuant to paragraph (2), are to be deemed authorized, are carried out in aircraft, a reference to this Agreement and to the authorization of the transportation or conveyance shall be entered into the corresponding flight plan.

(8) Except in emergencies, members of the armed forces of the sending State flying in military aircraft may only use civilian airfields in the receiving State with the permission of the competent authorities of the receiving State. That permission shall be granted in accordance with the regulations in force in the receiving State.

(9) The competent authorities of both States shall coordinate all the air traffic control systems set up and operated by them, including, where necessary, the telecommunication systems pertaining to those systems, in order to ensure the safety of air traffic and the attainment of the purpose of the presence of members of their armed forces.

(10) In an air traffic accident or incident involving members of the armed forces of the sending State, there shall be provisions for the possibility of dispatching technical staff of the armed forces of the sending State as observers in the air accident investigation commission of the receiving State.

Article 10. Medical care

The provision of medical care for the members of the armed forces of the sending State shall essentially be incumbent upon them. For immediate and emergency care, the medical facilities of the armed forces of the receiving State may be used free of charge.

Article 11. Settlement of claims

(1) For settlement of claims, the two States shall proceed in accordance with PfP-SOFA regulations, unless otherwise determined in this Agreement.

(2) The Contracting Parties shall notify each other of the competent authorities for handling claims. They shall work together on a trusting basis. They shall grant each other every possible support to ensure compliance with the judgments and administrative acts of the courts and authorities of the receiving State in connection with the civil law obligations of the members of their armed forces and the civilian component.

(3) For settlement of claims by third parties, in addition to the provisions of Article VIII, sub-paragraphs 5 through 7 of the Agreement between the Parties to the North Atlantic Treaty regarding the Status of their Forces, the following regulations shall apply, whereby the procedure stipulated in Article VIII, sub-paragraph 6, letters (a) through (c) of the NATO-SOFA shall be replaced by the settlement set forth in sub-paragraph (f) below:

(a) The authority in the receiving State responsible for receiving and examining applications for compensation shall carry out its own inquiries immediately after receipt of the application.

(b) The authority in the receiving State shall notify the authority in the sending State as soon as possible, and within no more than four weeks, of the receipt of the application for compensation. The communication shall where applicable include the reference number of the authority in the receiving State, the name and address of the applicant, a brief description of the incident, indicating when and where it took place, the amount of compensation claimed, the nature of the damage, the names of the members of the armed forces involved, and the name of the unit involved in the incident. The communication shall be sent in duplicate.

(c) The authority in the sending State shall confirm receipt of the communication with the authority of the receiving State and shall send it, within six weeks of receipt of the communication, all available information and evidence. Should the authority in the sending State possess no such information or evidence, it shall inform the authority in the receiving State thereof. The authority in the sending State shall further inform the authority in the receiving State whether in its opinion the damage was caused by an action or omission for which the sending State is legally responsible and/or was caused in connection with the use of a vehicle of the force and whether the use of the vehicle was authorized or not.

(d) The authority in the receiving State shall decide, after assessing all available information and evidence, whether and to what extent the claim is substantiated according to the laws of the receiving State.

(e) The authority of the receiving State shall pay the compensation amount. It shall demand reimbursement by the authority of the sending State. The authority of the sending State shall reimburse the amount owed within three months. To the extent that, under the law of the receiving State, compensation was granted in the form of an annuity, the competent authorities of the two States may agree on reimbursement of a capital sum in accordance with the provisions in force in the receiving State.

(f) In settling claims for damages not caused in the course of duty, the authority of the receiving State shall prepare a report for the authority in the sending State, which shall examine it without delay and decide whether, and to what extent, it considers compensation justified. The authority of the receiving State may — irrespective of the decision of the sending State — offer the applicant payment of the amount to be paid to him *ex gratia* (without recognizing a legal obligation to do so) in settlement. If this offer is accepted by the claimant in full satisfaction of his claim, the authority in the receiving State shall make the payment. The authority in the sending State shall reimburse the amount it considers justified. If the authority in the sending State does not notify the authority in the receiving State of its decision regarding the compensation it considers justified within three months of delivery of the report, it shall reimburse the amount accepted by the claimant in settlement. In all other respects, the provisions of sub-paragraphs (a) through (e) shall not be affected.

Article 12. Exercises

(1) Exercises shall be governed by the legal provisions of the receiving State and the regulations of its armed forces.

(2) Exercises on land shall normally be carried out on troop exercise grounds, shooting grounds, and in other military training facilities.

(3) Exercises in air space shall be governed by the regulations of the receiving State regarding incursions into air space and its use and the use of aviation installations and facilities, which follow the guidelines and recommendations of the International Civil Aviation Organization and by the notification, approval and coordination procedures in force according to the corresponding regulations of the receiving State. The aircraft crews taking part in an exercise, as well as participating flight protection and air defence control personnel or flight commanders must be proficient in the English language, if it is required for flight protection or flight safety reasons.

(4) Exercises with warships and relief ships in the territorial sea and on inland waterways shall be governed by the provisions of the receiving State.

Article 13. Costs

(1) Before carrying out exercises, the competent authorities of the two States shall establish in detail what is to be achieved and the costs involved.

(2) The authorities of the receiving State shall support those of the sending State as regards the use of payable services.

Article 14. Settlement of disputes

Disputes over application or interpretation of this Agreement shall be settled amicably and not forwarded for arbitration by third parties.

Article 15. Implementation

Agreements on the implementation of this Agreement may be concluded between the defence ministries of the two States, which shall notify each other of the contact persons responsible for the implementation of this Agreement.

Article 16. Entry into force, duration and termination

(1) This Agreement shall enter into force on the day that the Contracting Parties notify each other that domestic requirements for entry into force have been met, the relevant date being that on which the last notification is received.

(2) This Agreement shall remain in force indefinitely. It may be terminated in writing by either Party through the diplomatic channel. Termination shall take effect one year after the day on which the other Contracting Party received notification thereof.

DONE at Berlin on 6 November 2007 in duplicate, each text being in the German language.

For the Government of the Federal Republic of Germany:

GEORG BOOMGAARDEN

For the Republic of Austria:

CHRISTIAN PROSL

[TRANSLATION – TRADUCTION]

ACCORD ENTRE LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE ET LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE RELATIF À LA PRÉSENCE À COURT TERME DES MEMBRES DES FORCES ARMÉES DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE ET DES MEMBRES DES FORCES ARMÉES DE LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE SUR LE TERRITOIRE DE L'AUTRE ÉTAT (ACCORD GERMANO-AUTRICHIEN SUR LA PRÉSENCE DES FORCES)

Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la République d'Autriche,

Eu égard à la Convention signée le 19 juin 1995 à Bruxelles entre les États parties au Traité de l'Atlantique Nord et les autres États participant au Partenariat pour la paix sur le Statut de leurs forces (Statut des forces du PPP),

Décidés à régler les conditions et les modalités d'application de la présence temporaire des membres des forces armées allemandes sur le territoire de la République d'Autriche et des membres des forces armées autrichiennes sur le territoire de la République fédérale d'Allemagne, notamment des exercices communs, des missions pour la paix, des actions humanitaires, des actions de recherche et de sauvetage sous la responsabilité des autorités compétentes de l'État d'accueil,

Partant du principe que les dispositions du présent Accord ne dérogent pas aux droits et obligations des Parties découlant des conventions internationales relatives aux cours et tribunaux internationaux, y compris du Statut de Rome définissant les règles de fonctionnement de la Cour pénale internationale,

Sont convenus de ce qui suit :

Article premier. Objet de l'Accord

1. Le présent Accord régit les modalités d'entrée et de sortie ainsi que la présence temporaire des membres de l'armée allemande et des membres de l'armée autrichienne — dénommés ci-après les membres des forces armées — y compris de l'escorte civile sur le territoire de l'autre État.

2. Pour l'application du présent Accord et pour autant qu'il n'en dispose pas autrement, la réglementation nationale de l'État d'accueil est celle qui est ici d'application.

3. Pour les questions auxquelles le présent Accord ne répond pas, les dispositions du Statut des forces du PPP sont d'application.

Article 2. Nature, étendue et durée de la présence

1. Aux fins du présent Accord, la présence sur le territoire sert à effectuer des exercices, à former des unités et à traverser le territoire, à préparer des missions pour la paix ainsi qu'à mener des actions humanitaires et des actions de recherche et de sauvetage sous la responsabilité des services compétents de l'État d'accueil avec des effectifs ne dépassant pas 3 000 membres des forces armées de l'État d'envoi pendant une période n'excédant pas en général 30 jours; pour les membres des forces armées remplissant des fonctions de liaison et de conseil ainsi qu'à des fins de formation, la durée convenue de la présence sur le territoire est de cinq ans au maximum avec possibilité de prolongation.

2. Les modalités de détail quant à la nature, l'étendue et la durée de cette présence sont mises au point par les autorités compétentes.

Article 3. Conditions d'entrée, de sortie et de séjour

À moins que le présent Accord n'en dispose autrement, l'entrée, la sortie et la présence temporaire des membres des forces armées de l'État d'envoi, y compris l'escorte civile, sont régies par le Statut des forces du PPP.

Article 4. Sécurité et ordre publics

Si la sécurité publique ou l'ordre public de l'État d'accueil est menacée par un membre des forces armées de l'État d'envoi, le Ministre de la défense de l'État d'accueil peut exiger que ce membre soit expulsé sur-le-champ du territoire de l'État d'accueil. Les autorités de l'État d'envoi donnent suite à de telles demandes d'expulsion.

Article 5. Santé

1. L'État d'envoi s'engage à respecter la réglementation internationale en matière de santé et la réglementation de l'État d'accueil dans ce domaine. À l'entrée, la présentation d'un certificat médical officiel délivré par l'une des autorités de l'État d'envoi, indiquant que le membre des forces armées entrant sur le territoire ne souffre pas de maladies contagieuses, peut être exigée. Les services militaires compétents de l'État d'accueil informent les services militaires de l'État d'envoi quinze jours au plus tard avant l'entrée prévue quant à ses exigences.

2. Les services compétents des forces armées des deux États veillent à faciliter l'échange mutuel des informations visées au paragraphe 1.

3. La réglementation de l'État d'accueil est d'application en matière de prévention et de lutte contre la propagation des maladies contagieuses aux êtres humains, aux animaux et aux plantes, ainsi qu'en matière de lutte contre les parasites des plantes dans l'État d'accueil. Les mesures sanitaires contre les épidémies, les épizooties et la contamination des denrées alimentaires, telles que les produits à base de viande et de viande de volaille, de même que les mesures d'hygiène sont prises par les services compétents de l'État d'accueil en conformité avec les conventions internationales auxquelles les deux États ont adhéré.

Article 6. Compétence pénale et mesures répressives

1. Dans la mesure où les tribunaux de l'État d'accueil sont en droit d'exercer leur compétence en matière pénale à l'égard des membres des forces armées de l'État d'envoi et de l'escorte civile, l'autorité compétente de l'État d'accueil s'abstient d'exercer sa compétence, à moins que l'intérêt supérieur de la justice n'exige que les tribunaux de l'État d'accueil soient compétents.

2. L'intérêt supérieur de la justice peut exiger que la compétence pénale soit exercée notamment dans les cas suivants :

a) Actes répréhensibles d'une importance considérable mettant en péril la sécurité de l'État d'accueil;

b) Actes répréhensibles provoquant la mort d'une personne, ainsi que le vol et le viol, dès lors que ces actes ne sont pas perpétrés contre un membre des forces armées de l'État d'envoi;

c) La préparation, la tentative de tels actes répréhensibles et la participation à ceux-ci.

3. Si l'État d'accueil renonce à exercer sa compétence pénale, l'État d'envoi à la demande de l'État d'accueil éloigne immédiatement la personne soupçonnée des faits du territoire de l'État d'accueil et soumet le dossier à ses autorités compétentes aux fins de décision quant à l'engagement de poursuites pénales.

4. Les tribunaux et les autorités de l'État d'envoi s'abstiennent d'exercer leur compétence sur le territoire de l'État d'accueil.

5. Les tribunaux compétents et les autorités des deux États se prêtent mutuellement une assistance judiciaire en matière pénale dans le cadre de leur droit interne ainsi que des obligations découlant des traités internationaux. Si l'État d'accueil ne renonce pas à exercer sa compétence pénale, l'État d'envoi fait en sorte, en conformité avec sa législation, que les membres de ses forces armées soupçonnés d'avoir commis un délit pendant leur présence sur le territoire de l'État d'accueil soit renvoyés devant les tribunaux et les autorités de l'État d'accueil, dans la mesure où ils y sont obligés au regard du droit de l'État d'accueil.

6. Les tribunaux et les autorités de l'État d'accueil sont, dans le cadre de leurs compétences et de leurs pouvoirs, habilités à ordonner et à appliquer des mesures répressives à l'encontre des membres des forces armées de l'État d'envoi pendant leur séjour sur le territoire de l'État d'accueil.

7. Si un membre des forces armées de l'État d'envoi est arrêté par les autorités de l'État d'accueil ou si d'autres mesures répressives ayant pour conséquence une privation de liberté sont appliquées, l'autorité compétente de l'État d'accueil informe immédiatement la mission diplomatique de l'État d'envoi située dans l'État d'accueil. Elle communique en outre le nom du tribunal ou de l'autorité chargé de poursuivre la procédure.

8. Les paragraphes 1 à 7 ne sont pas d'application si les membres des forces armées de l'État d'envoi sont présents sur le territoire de l'État d'accueil pour d'autres raisons de service que celles visées au paragraphe 1 de l'article 2.

Article 7. Télécommunications

1. L'utilisation des services publics des télécommunications sur le territoire de l'État d'accueil s'effectue conformément à la réglementation générale de l'État d'accueil et conformément aux conditions générales de vente du fournisseur des services; cela vaut notamment pour ce qui est du calcul des redevances, de la facturation et du suivi des factures.

2. Les membres des forces armées de l'État d'envoi peuvent, dans la mesure où cela s'avère nécessaire pour atteindre l'objectif assigné à la présence, et sous réserve d'accord des autorités compétentes de l'État d'accueil, créer et exploiter des installations de télécommunication y compris des installations radio. L'utilisation des fréquences radio doit être concertée avec l'autorité compétente de l'État d'accueil.

3. Les installations radio ainsi que les installations de réception des télécommunications des forces armées de l'État d'envoi, devant être exploitées sur le territoire de l'État d'accueil ou reliées à des branchements ou raccordées à des moyens de transmission des réseaux publics des télécommunications, doivent remplir les exigences techniques de base imposées de manière générale par la réglementation de l'État d'accueil sur les installations radio ou les installations de réception des télécommunications. Le respect de cette exigence est prouvé dans une procédure d'évaluation de la conformité et les organismes doivent être désignés en conséquence.

4. Les membres des forces armées de l'État d'envoi n'utilisent dans l'État d'accueil que les fréquences radio qui leur ont été attribuées par les autorités compétentes de l'État d'accueil. Eu égard au fait que la coordination de l'utilisation des fréquences radio est nécessaire au plan national et international, la demande d'attribution de fréquences radio doit être introduite 60 jours au plus tard avant l'utilisation prévue. Les fréquences radio sont restituées aux autorités compétentes de l'État d'accueil à la fin du séjour.

5. Les membres des forces armées de l'État d'envoi prennent toutes les mesures nécessaires pour éviter que leurs installations de télécommunications ou autres installations électriques ne perturbent les réseaux des télécommunications installés sur le territoire de l'État d'accueil. Si les stations radio des forces armées de l'État d'envoi provoquent des brouillages nuisibles perturbant les stations radio situées à l'extérieur du territoire de l'État d'accueil ou lorsqu'elles sont perturbées de manière nuisible par ces stations radio, les autorités compétentes de l'État d'accueil procèdent conformément aux dispositions de la constitution alors en vigueur et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications, ainsi qu'aux règlements d'application pour les services radio. Les autorités compétentes de l'État d'accueil prennent dans le cadre de la réglementation en vigueur toutes les mesures nécessaires pour éviter les perturbations des installations de télécommunications des forces armées de l'État d'envoi par les installations de télécommunications ou autres installations électriques de l'État d'accueil. En cas de perturbations électromagnétiques, les dispositions de la réglementation nationale régissant la compatibilité électromagnétique des appareils sont d'application. S'il s'avère nécessaire de mettre hors service la source des perturbations, les forces armées de l'État d'envoi s'y emploient sans délai.

Article 8. Protection de l'environnement

1. L'État d'envoi reconnaît et admet l'importance de protéger l'environnement dans l'exercice des activités des membres de ses forces armées intervenant sur le territoire de l'État d'accueil. Les membres des forces armées de l'État d'envoi respectent les dispositions réglementaires de l'État d'accueil en matière de protection de l'environnement.

2. Les services compétents et les membres des forces armées des deux États collaborent étroitement pour résoudre l'ensemble des questions qui se posent en matière de protection de l'environnement, notamment pour la préparation d'exercices.

3. Les nuisances environnementales seront également évitées en allant, le cas échéant, au-delà des prescriptions dictées par la réglementation de l'État d'accueil et si des nuisances environnementales s'avèrent inévitables, les mesures appropriées seront prises pour protéger l'environnement.

4. La priorité est accordée au rail et aux voies d'eau pour le transport des armements, des équipements lourds et des produits dangereux. Les voies de transport sont convenues entre les ministères de la défense, de concert avec les services compétents de l'État d'accueil.

5. Pour autant que cela soit compatible avec les exigences techniques de ces engins, les membres des forces armées de l'État d'envoi n'emploient pour faire fonctionner leurs engins aériens, nautiques et terrestres que des carburants, des lubrifiants et des consommables non polluants répondant aux exigences de la réglementation de l'État d'accueil. Pour les véhicules destinés au transport des personnes et les véhicules utilitaires, les dispositions réglementaires de l'État d'accueil limitant les nuisances sonores et les rejets de gaz dans l'atmosphère doivent être respectées, dans la mesure où cela ne constitue pas une charge déraisonnable.

6. Lorsqu'ils utilisent du matériel destiné à effectuer des exercices, les membres des forces armées de l'État d'envoi respectent les ordonnances d'application, notamment les dispositions en vigueur en matière de sécurité, d'incendie et de protection de l'environnement. Le même principe s'applique aux règlements de service des forces armées de l'État d'accueil régissant les exercices. Les ministères de la défense des deux États arrêtent, dans les limites de leurs compétences, les règlements particuliers en matière de tir de nuit et de tir les samedis, dimanches et jours fériés.

7. Les membres des forces armées de l'État d'envoi respectent la réglementation de l'État d'accueil en matière de recyclage non polluant ou d'élimination des déchets. L'élimination des munitions inutilisées en les faisant exploser ou en les incinérant dans des installations qui ne sont pas agréées à cet effet est interdite.

*Article 9. Déplacements motorisés sur le territoire de l'État d'accueil
et utilisation des aérodromes de l'État d'accueil*

1. Les véhicules motorisés et les remorques des forces armées de l'État d'envoi sont immatriculés et leur mise en circulation autorisée par l'autorité compétente de l'État d'envoi. Ces véhicules portent une plaque d'immatriculation et un code pays clair.

2. Les transports et les déplacements des membres des forces armées de l'État d'envoi effectués dans le cadre de la réglementation nationale de l'État d'accueil et des traités internationaux en vigueur engageant les deux États, ainsi que les accords et les procédures techniques qui s'y rapportent, sont considérés comme étant admis. Dès lors que des permis spéciaux ou exceptionnels ainsi que des dispenses pour le transport de produits dangereux sont requis pour les déplacements et les transports militaires, ces permis et ces dispenses sont traités par les services compétents de l'État d'accueil.

3. L'administration militaire de l'État d'accueil coordonne la prise en charge des intérêts militaires de l'État d'envoi vis-à-vis de l'administration civile en matière de transport.

4. Concernant l'enregistrement des wagons de marchandises et de passagers appartenant à l'État d'envoi nécessaires au transport des membres de ses forces armées et de son matériel militaire, ainsi qu'en ce qui concerne l'utilisation de l'infrastructure ferroviaire de l'État d'accueil, des accords sont pris entre les compagnies de chemin de fer concernées, en accord avec l'administration militaire des deux États. Des accords sont pris entre les chemins de fer des deux États quant à l'utilisation de l'infrastructure par les locomotives appartenant aux chemins de fer de l'État d'envoi. Dès l'instant où il y a lieu de déroger à la réglementation de l'État d'accueil quant aux exigences en matière de qualité et d'utilisation des véhicules de chemin de fer de l'État d'envoi, la compagnie de chemin de fer de l'État d'envoi demande les autorisations requises auprès de l'administration des chemins de fer de l'État d'accueil.

5. Les membres des forces armées de l'État d'envoi respectent la réglementation du transport de l'État d'accueil, y compris la réglementation relative au comportement à adopter sur le lieu d'un accident et la réglementation régissant le transport des marchandises dangereuses. Les services compétents de l'État d'accueil surveillent le respect de cette réglementation. Cette surveillance peut être effectuée conjointement avec les services compétents de l'État d'envoi. Dans le cadre de cette réglementation, les membres des forces armées de l'État d'envoi peuvent appliquer leurs propres normes nationales concernant la construction, l'exécution et l'équipement des véhicules motorisés, des remorques, des bateaux fluviaux et des aéronefs. Les services des deux États collaborent étroitement pour ce qui est de la mise en application de ces dispositions.

6. La circulation avec des véhicules motorisés et des remorques dont les dimensions, la charge maximale autorisée par essieu, le poids total ou le nombre dépassent les limitations fixées par le code de la route de l'État d'accueil ne s'effectue, sauf en cas d'urgence, qu'avec le permis délivré par les services compétents de l'État d'accueil. En dehors des terrains d'exercice, les véhicules à chenilles doivent être déplacés sur rail ou, si nécessaire, sur remorques surbaissées. Emprunter les voies publiques et les chemins publics est interdit avec des véhicules à chenilles qui ne sont pas équipés de protège-chenilles.

7. Si les transports et les déplacements des membres des forces armées de l'État d'envoi effectués dans le cadre du présent Accord et considérés en vertu du paragraphe 2 comme autorisés ont lieu en avion, référence sera faite dans le plan de vol au présent Accord et à l'autorisation de transport ou de déplacement.

8. Sauf cas d'urgence, les membres des forces armées de l'État d'envoi ne peuvent utiliser avec leurs avions militaires les aérodromes civils situés sur le territoire de l'État

d'accueil qu'avec l'autorisation des services compétents de l'État d'accueil délivrée conformément aux dispositions en vigueur dans l'État d'accueil.

9. Les services compétents des deux États coordonnent tous les systèmes de contrôle du trafic aérien qu'ils ont mis en place et exploitent, et les systèmes de télécommunications qui s'y rapportent dans la mesure où cela s'avère nécessaire pour garantir la sécurité du trafic aérien et la réalisation du but poursuivi par la présence des membres des forces armées.

10. En cas d'accident d'avion ou d'incident aérien dans lequel des membres des forces armées de l'État d'envoi sont impliqués, la possibilité d'envoyer du personnel spécialisé des forces armées de l'État d'envoi en tant qu'observateur au sein de la commission d'enquête sur l'accident d'avion est prévue.

Article 10. Soins médicaux

La fourniture de soins médicaux aux membres des forces armées de l'État d'envoi relève normalement de la compétence de ce dernier. Les installations médicales des forces armées de l'État d'accueil peuvent être utilisées gratuitement pour prodiguer les premiers soins et fournir l'aide d'urgence.

Article 11. Règlement des sinistres

1. Pour autant que le présent Accord n'en dispose pas autrement, les deux États procèdent au règlement des sinistres en conformité avec les dispositions du Statut des forces du PPP.

2. Les Parties contractantes s'informent mutuellement des services responsables du règlement des sinistres. Elles collaborent ensemble en toute confiance. Elles se prêtent mutuellement toute l'assistance possible pour s'assurer que les jugements et les actes administratifs des tribunaux et des autorités de l'État d'accueil en rapport avec les obligations en matière civile des membres des forces armées et de l'escorte civile sont respectés.

3. Les dispositions suivantes complétant les dispositions des paragraphes 5 à 7 de l'article VIII du Statut des forces de l'OTAN sont d'application en matière de règlement des sinistres de tiers, la procédure du Statut des forces de l'OTAN prévue à l'article VIII, paragraphe 6, alinéas a) à c) étant remplacée par la règle énoncée à l'alinéa f) ci-dessous :

a) Le service de l'État d'accueil chargé de recevoir et de contrôler la demande d'indemnité effectue ses propres investigations dès réception de la demande.

b) Le service de l'État d'accueil confirme au service de l'État d'envoi aussi rapidement que possible mais au plus tard dans les quatre semaines la réception de la demande d'indemnité. L'accusé de réception contient, le cas échéant, la référence du dossier du service de l'État d'accueil, le nom et l'adresse du demandeur, une brève description de l'incident précisant l'heure, la date et le lieu, le montant de l'indemnité demandé, la nature du sinistre, les noms des membres des forces armées impliqués ainsi que la dénomination de l'unité impliquée dans l'incident. L'accusé de réception est envoyé en deux exemplaires.

c) Le service de l'État d'envoi confirme au service de l'État d'accueil la réception de l'envoi et lui communique dans les six semaines qui suivent la réception de l'envoi tous les renseignements et éléments de preuve disponibles. Si le service de l'État d'envoi ne dispose pas de ce genre de renseignements et d'éléments de preuve, il en avise le service de l'État d'accueil. Le service de l'État d'envoi signale en outre au service de l'État d'accueil si le sinistre est selon lui dû à une action ou à une omission pour laquelle l'État d'envoi est juridiquement responsable et/ou a été occasionné en liaison avec l'utilisation d'un véhicule de transport de troupes et enfin si le véhicule a été utilisé avec ou sans autorisation.

d) Après avoir évalué tous les renseignements disponibles et éléments de preuve, le service de l'État d'accueil décide si la demande et le montant de celle-ci sont fondés en vertu de la législation de l'État d'accueil.

e) Le service de l'État d'accueil paie le montant de l'indemnité. Il réclame le remboursement au service de l'État d'envoi. Le service de l'État d'envoi rembourse le montant dû dans les trois mois. Dès le moment où une indemnité est en vertu du droit de l'État d'accueil accordée sous forme de rente, les services compétents des deux États se mettent d'accord pour qu'un capital soit remboursé selon les modalités applicables dans l'État d'accueil.

f) Pour ce qui est du règlement des sinistres qui n'ont pas été occasionnés dans l'exercice du service, le service de l'État d'accueil établit un rapport pour le service de l'État d'envoi, lequel procède à son examen immédiat et décide si et dans quelle mesure une indemnité est justifiée. Le service de l'État d'accueil peut, indépendamment de la décision de l'État d'envoi et sans pour autant que cela puisse être interprété comme étant une reconnaissance d'une obligation légale quelconque, proposer au demandeur de lui verser le montant qui lui revient à titre de dédommagement gracieux. Le service de l'État d'accueil procède au paiement si cette proposition est acceptée par le demandeur comme satisfaisant intégralement à ses exigences. Le service de l'État d'envoi rembourse le montant qu'il estime justifié. S'il ne communique pas sa décision quant à l'indemnité qui lui semble justifiée dans les trois mois qui suivent la transmission du rapport du service de l'État d'accueil, le service de l'État d'envoi rembourse le montant accepté par le demandeur à titre de dédommagement. Pour le surplus, il n'est pas dérogé aux dispositions des alinéas a) à e).

Article 12. Exercices

1. La réglementation légale de l'État d'accueil et la réglementation de ses forces armées s'appliquent aux exercices.

2. Les exercices sur terre ont en général lieu sur les terrains d'exercice, les champs de tir et dans les autres centres militaires de formation.

3. Pour les manœuvres dans l'espace aérien, la réglementation de l'État d'accueil régissant l'entrée dans l'espace aérien et son utilisation est d'application, ainsi que pour l'utilisation des installations et des équipements de l'aviation, qui s'effectuent dans le cadre des directives et des recommandations de l'Organisation de l'aviation civile internationale, et pour les procédures d'approche, d'autorisation et de coordination telles que contenues dans la réglementation de l'État d'accueil. Les équipages des avions prenant

part aux exercices ainsi que le personnel participant chargé de la sécurité aérienne et de la défense aérienne et le personnel de commandement des pilotes doivent maîtriser la langue anglaise dans la mesure où cela s'avère nécessaire pour des raisons de sécurité et de sûreté aériennes.

4. La réglementation de l'État d'accueil s'applique aux exercices des navires de guerre et auxiliaires dans les eaux territoriales et dans les eaux intérieures.

Article 13. Frais

1. Avant d'effectuer des exercices, les services compétents des deux États déterminent les prestations à fournir et les frais qui en résultent.

2. Les services de l'État d'accueil assistent les services de l'État d'envoi afin que la gratuité des prestations puisse être assurée.

Article 14. Règlement des différends

Les différends découlant de l'application ou de l'interprétation du présent Accord seront réglés à l'amiable sans être renvoyés à une instance tierce aux fins d'arbitrage.

Article 15. Application

Des conventions d'application du présent Accord peuvent être passées entre les ministères de la défense des deux États, lesquels se communiqueront l'un l'autre les noms des correspondants chargés d'appliquer le présent Accord.

Article 16. Entrée en vigueur, durée de validité et dénonciation

1. Le présent Accord entre en vigueur le jour où les Parties contractantes se seront informées l'une l'autre que les conditions requises par leur droit interne pour son entrée en vigueur sont remplies. Le jour de réception de la dernière notification est la date qui est ici déterminante.

2. Le présent Accord est conclu pour une durée indéterminée. Il peut être résilié par écrit par chaque Partie par la voie diplomatique. La dénonciation prend effet un an après le jour de la réception par l'autre Partie contractante de l'avis de dénonciation.

FAIT à Berlin le 6 novembre 2007 en deux originaux, chacun en langue allemande.

Pour la République fédérale d'Allemagne :

GEORG BOOMGAARDEN

Pour la République d'Autriche :

CHRISTIAN PROSL